

POSTVERKEHR MIT SOZIALDEMOKRATISCHEN  
Partei Deutschlands, Bonn

12. OKT 1964  
SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

# TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XIX/195

Bonn, den 12. Oktober 1964

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 2	Um Volk und Staat verdient geracht	78
	Zum 70. Geburtstag des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke	
3	Ein Super-Gesamtverteidigungsminister ?	24
	Dr. Heinrich Krone hat sich viel vorgenommen	
5	Flucht in die Außenpolitik	22
	Ausweichmanöver der Unionsparteien	
4	Dezentres Jubiläum	46
	Die Friedrich Ebert-Stiftung und die UNESCO	
5 - 6	Die Schlacht am Smith Square	83
	Der schwere Kampf der Labour Wirtschaftskrise im Mittelpunkt	

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach  
 Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 218 01/319 • Redaktion 218 31/32 • Telex: 6885 880  
 Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günier Markscheffel

12. Oktober 1964

Um Volk und Staat verdient gemacht

Zum 70. Geburtstag des Bundespräsidenten Dr. Heinrich Lübke

sp - Seinen 70. Geburtstag begeht Dr. Heinrich Lübke als zweiter Präsident der Bundesrepublik Deutschland. Das hätte sich der Schuhmachersohn aus dem Sauerland nicht träumen lassen, daß er, der aus der Tiefe unseres Volkes kommt, einstmals an die Spitze des Staates gelangen wird. Hier gleicht er dem ersten Präsidenten der Weimarer Republik Friedrich Ebert: Bescheidenheit im Auftreten, Zurückhaltung, wo sie angebracht erscheint, das Fehlen jeder Pathetik, eine durch nichts zu erschütternde Liebe zum eigenen Volk und den Werten, die Staat und Volk erheben und seinen inneren Zusammenhalt stärken.

Heinrich Lübke verabscheut das Pompöse, er liebt die großen Worte nicht, und nicht die weitausholenden Geste. Wäre es nach ihm gegangen, müßte der Tag, an dem er die Schwelle zum achten Lebensjahrzehnt überschreitet, so wie ein gewöhnlicher Tag vorübergehen. Die bei solchen Anläß üblichen großzügigen Geschenke hat sich der Bundespräsident verboten; dafür soll aus dem jetzt errichteten Heinrich-Lübke-Fonds "Hilfe in Not" denen geholfen werden, die der Hilfe bedürfen, aber keine öffentlichen Mittel beanspruchen können. Das sagt mehr über den Menschen Heinrich Lübke aus, als es dicke Bände zu tun vermögen. Das Herz unseres Staatspräsidenten schlug immer für jene, die im Schatten des Lebens stehen, durch grausame Schicksalsschläge um viele Lebenserwartungen betrogen sind und leicht der Verzweiflung anheimfallen.

Anders als bei der ersten Wahl zur Führung des höchsten Amtes, das die Bundesrepublik zu vergeben hat, waren bei der zweiten Wahl die Mehrheitsverhältnisse. Heinrich Lübke vereinigte auf seine Person mehr als zwei Drittel der Stimmen aus der Bundesversammlung, sichtbarer Ausdruck der gestiegenen Hochachtung und Würdigung, die sich der zweite Bundespräsident in den ersten fünf Jahren seiner Amtsführung erworben hat. Heinrich Lübke war niemals ein durch Fanatismus und Einseitigkeit geprägter Parteimann. Auch als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten im Kabinett Adenauer suchte er den Brückenschlag zur parlamentarischen Opposition, betonte er mehr das Verbindende als das Trennende.

Dieser Charakterzug oder das politische Leitbild, wenn man es so nennen will, gibt seiner Amtsführung ein besonders Gewicht. Es bestimmt sein Verhalten in Grundfragen der Nation und seine Auffassung über eine lebendige, dem Ganzen verpflichtete parlamentarische Demokratie.

Heinrich Lübke leidet wie jeder deutsche Patriot und jeder von humanistischen Ideen gelitete Mensch unter den Folgen der Spaltung unseres Vaterlandes. Deshalb wird er erregt, ja leiden-

12. Oktober 1964

schaftlich, wenn er Gefahren sah und sieht, die zu der äußeren Zerrissenheit unseres Vaterlandes noch die innere Selbstzerfleischung im freien Teil unseres Landes hinzufügen könnten. In der Neujahrsansprache 1961 warnte er die Parteien davor, den politisch Andersgesinnten zu verteuflern, ihn als Feind des Staates und der Gesellschaft abzustempeln. Dieses notwendige und klärende Wort, als Mahnung gesagt, tat seine Wirkung, wenn es auch bei manchen übel vermerkt wurde.

Bundespräsident Heinrich Lübke ist oft in der Hauptstadt Deutschlands, in Berlin. Was Berlin anbetrifft, sagte er nach den schicksalsschweren Tagen des 13. August 1961, müsse sich jeder Deutsche so verhalten, als ob es um ihn selbst ginge. Ein großes, wegweisendes, unlösbares Verbundenheit mit Berlin und den Deutschen jenseits von Mauer und Stacheldraht bekundendes Wort. Dieses Bekenntnis enthielt schon die Ansprache vor der Bundesversammlung, die ihn zum Nachfolger von Heuß bestimmte. Das Hauptanliegen aller Deutschen, so erklärte er damals, das auch die Grundlage unserer gemeinsamen Arbeit in sich schließt, sei ein auf Recht und Freiheit gegründetes, dem Frieden der Welt dienendes wiedervereinigtes Deutschland. Was in und um Berlin geschieht, ist ein großer Teil deutschen Schicksals. Im Verhältnis zu Berlin und zu den Bewohnern des besetzten Mitteldeutschland hat sich gesamtdeutsche Solidarität zu bewähren, wird sich der unzerstörbare Wille unseres Volkes beweisen, wieder zusammenzufügen, was zusammengehört. Deshalb geht Bundespräsident Lübke so oft nach Berlin, führt er von dort aus seine Amtsgeschäfte. Die Berliner sehen ihn gern als Gast, ihn, den ersten Repräsentanten unserer Bundesrepublik.

Heinrich Lübke scheut keine Mühen, wenn es gilt, in der Welt den Anspruch des geteilten deutschen Volkes auf das Recht der Selbstbestimmung zu verkünden und wirksam zu vertreten. Er tut dies mit Würde und jener Gelassenheit, wie es nur einem Mann gegeben ist, der sich seiner Sache sicher weiß.

Gewiß, Heinrich Lübke fehlt die blendende Rednergabe und die Leuchtkraft hinreißender Formulierungen. Aber sind dies allein unerlässliche Requisiten für das höchste Amt? Der Bundespräsident wirkt überzeugend durch die Schlichtheit seines Auftretens und die Redlichkeit seines Vollens.

Unser Volk braucht redliche, gutgesinnte, auf festem sittlichen Fundament stehende Männer an seiner Spitze. Seien wir dankbar, in Heinrich Lübke einen solchen Mann zu besitzen.

12. Oktober 1964

### Ein Super-Gesamverteidigungsminister ?

---

sp - Der CDU-Verteidigungsexperte MdB Dr. Kliesing kündigte auf dem "I. verteidigungspolitischen Kongreß der CDU" in Kassel an, der Bundesverteidigungsrat solle mehr und mehr zum Führungs- und Koordinierungsorgan einer Gesamtverteidigungspolitik werden, der die Verteidigungspolitik als eine Aufgabe der Gesamtregierung und nicht nur eines einzelnen Ressorts ansähe. Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates, Minister Dr. Heinrich Krone, meinte auf derselben Tagung, daß "anstehende wichtige Fragen unserer Verteidigungspolitik auf möglichst breiter Grundlage" gelöst werden müßten. Reichlich unvermittelt sieht sich die deutsche Öffentlichkeit nach diesen Ausführungen der Herren Kliesing und Krone vor die Tatsache gestellt, daß der Verteidigungsrat ganz offensichtlich Aufgaben zu übernehmen gedenkt, die eigentlich dem Verteidigungsminister zustehen. Die Sache ist um so bedenklicher, als der Verteidigungsrat praktisch ohne Kontrolle des Parlaments arbeitet, da in ihm Fragen behandelt werden, die zur höchsten Geheimnisstufe gehören. SPD-Fraktionsvorsitzender Fritz Erl er hat vor einiger Zeit Herrn Krone gefragt, welche Kompetenzen der Bundesverteidigungsrat wirklich habe. Sollen die Ausführungen Kliesings und Krones in Kassel eine Antwort auf die Frage Erlers sein? - Als der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Merde, kürzlich die Koordinierung aller die innerdeutschen Probleme betreffenden Maßnahmen in seinem Ministerium anregte, zeigte ihm das Kabinett die kalte Schulter. Soll jetzt Herrn Krone erlaubt werden, was man Herrn Merde nicht gestattet?

\* \* \*

### Flucht in die Außenpolitik

---

sp - Die Unionsparteien, von innerem Haß zerrührt, von Eifersüchteleien gequält, vom Ausgang der Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen angeschlagen, haben die Flucht nach vorn ergriffen. In der bevorstehenden aussepolitischen Debatte des Deutschen Bundestages werden sie eine nichtvorhandene Einigkeit demonstrieren. Was die deutsche Öffentlichkeit beschäftigt, unsere Freunde beunruhigt, der Streit nämlich zwischen den "Atlantikern" und den "Caullisten", kommt gewiß nicht zu der ihm gebührender Bedeutung. Zudem fehlt der Außenminister Schröder, der Mann, den so viele CDU- und CSU-Politiker in die politische Wüste senden möchten. Das zu erwartende Bild vorgetäuschter Einigkeit dürfte bald wieder häßliche Flecke bekommen; dafür wird schon der "Bayernkurier" des Herrn Franz Josef Strauß sorgen.

Der Verdacht scheint auch nicht ganz ungehechtfertigt zu sein, die Unionsparteien wollen diese aussepolitische Debatte deshalb führen, um von ihrem Versagen in Bereich der Innenpolitik abzulenken. Hier hat die Regierung Erhard nur eine negative Bilanz aufzuweisen. Die bevorstehenden Gemeindevahlen in Saarland, Rheinland-Pfalz und in Hessen möchte sie durch ihre Flucht in die Außenpolitik nun zu ihren Gunsten beeinflussen - ein Ausweichmanöver, dem wohl kein Erfolg beschieden sein wird.

\* \* \*

Rezentes Jubiläum

Die Friedrich Ebert-Stiftung und die UNESCO

K.M.-Die Friedrich Ebert-Stiftung schickte dieser Tage ihre zehnte Gruppe zum UNESCO-Seminar nach Paris, - ein Jubiläum, das nicht mit Böllerschüssen begangen wurde, das aber auch nicht ignoriert werden sollte. Es ist ein bemerkenswertes Unternehmen, einige hundert Deutsche Publizisten in das große Haus am Platz de Fontenoy gebracht zu haben, um so mehr, als vergleichbare Verbindungen zur UNESCO in keinem Lande der Welt gegeben sind.

Es ist anzunehmen, daß sich die meisten der deutschen Reisenden, die nach Paris gehen, den Eiffelturm ansehen und besteigen, daß sie aber von dem großen UNESCO-Bau, der nicht weit davon entfernt steht, der beinahe von dem Schatten des Turmes gestreift wird, keine Notiz nehmen.

Wenn Parisbesucher wüßten, was hier zu sehen ist, würden viele von ihnen wahrscheinlich vor den Türen am Platz de Fontenoy Schlange stehen. Hier wurde ein einzigartiges Denkmal der neuen und der neuesten Zeit errichtet - wenn man so will, der kommenden Dinge. Hier dokumentiert sich die Sehnsucht der Nationen nach Frieden und weltweiter Zusammenarbeit. So gesehen ist das UNESCO-Haus eine großartige, moderne Attraktion der dröhnenden Hauptstadt Frankreichs.

Das Wort UNESCO (E = Educational, S = Scientific, C = Cultural) ist ein Programm: Beseitigung des Analphabetentums in aller Welt, Studien, die der Beseitigung der Wüstengebiete aller Kontinente dienen, Vermeidung von Meerwasser in Süßwasser, Schulbücher ohne Haß und Ressentiments gegen andere, Expeditionen zur Erforschung des Indischen Ozeans, ständiger Austausch von Wissenschaftlern und Studenten, von Erhebungen und Literatur, finanzielle Maßnahmen zur Erleichterung dieses Austauschs, besonders auch gegenüber zahlungsschwachen Ländern, Bodenerforschung, Rettung der Kubischen Denkmäler - um nur einiges aus der überwältigenden Fülle der UNESCO-Aufgaben zu nennen.

Das alles konzentriert sich in diesem "Kontor der neuen Weltgesinnung". Die innere Hierarchie bringt es zum Ausdruck. Wenn der Abteilungsleiter ein Russe ist, kann es sein, daß seine beiden engsten Mitarbeiter ein Norweger und ein Indier sind. Ihn unterstützen Mitarbeiter aus Italien, Uruguay, Deutschland und Afrika.

Auch der Bau als solcher zeigt es. Er wurde von Architekten aus aller Welt erdacht und geplant. Alle Länder haben den Ehrgeiz, darüber hinaus mit einem Geschenk vorzutreten zu sein. Die Japaner schenkten einen japanischen Garten, in dem sogar Bäume und Kieselsteine aus Japan zu sehen sind. Die Bundesrepublik stiftete einen der Sitzungssäle, Norwegen Quarz, die Schweden Lampen und das Ebenholz kommt aus Makassar. In dem Raum, in dem Johannes R e i n h o l d von der Friedrich Ebert-Stiftung seine Gruppe zu versammeln pflegt (seit Jahren eine Art Heimat für die Leute von der Stiftung), hängt ein großflächiges Relief aus Leder, eine Stiftung von UNESCO-Freunden aus Colorado in den Vereinigten Staaten.

## Die Schlacht am Smith Square

Der schwere Kampf der Labour  
Wirtschaftskrise im Mittelpunkt

F.S. London

Der Wahlkampf neigt sich seinem Ende zu, die Wahlschlacht aber nähert sich dem Höhepunkt. Sie wurde vorbereitet und geleitet in zwei fast benachbarten Häusern am Smith Square, einem ruhigen Platz im Südwesten Londons, unweit vom Parlament, mit den Ruinen einer völlig zerstörten Kirche in seiner Mitte. In diesen beiden Gebäuden arbeiten die zentralen Vorstände beider Parteien. Hier befinden sich die Büros der Labour und der konservativen Partei, in denen Wahlstrategie, Propaganda und Parteiprogramme beraten wurden, in denen sich seit Beginn des Wahlkampfes jeden Morgen die Parteiführer mit ihren Sachberatern besprechen. Hier sind die Säle, in denen die täglichen Pressekonferenzen stattfinden.

### Konservative Propaganda

Dieser Wahlkampf gestaltet sich für die Labour Party besonders schwierig. Die Konservativen erfuhren im Verlauf der beiden letzten Jahre so viele aussen- und wirtschaftspolitische Rückschläge, daß sie den Wahltermin seit Mitte vorigen Jahres von Monat zu Monat verlegen mußten. Je kritischer ihre Situation wurde, um so intensiver führten sie einen Vorwahlkampf, der sich durch Plakate, Inserate und Versammlungen in allen Teilen Großbritanniens bemerkbar machte und dessen Kosten nur durch dauernde und sehr generöse Spenden aus Industrie- und Wirtschaftskreisen gedeckt werden konnten. Zu keiner Zeit standen der Labour Party auch nur annähernd gleiche Beträge zur Verfügung; ihr Ausgabe-Etat wurde lediglich durch Mittel erhöht, die von den Gewerkschaften gegeben und veröffentlicht wurden.

### Industrie zwingt Labour-Zeitung zur Aufgabe

Seit der offiziellen Eröffnung des Wahlkampfes begannen fünf konservative Londoner Morgenzeitungen und zwei konservative Abendblätter, die in einer Auflagenhöhe von täglich elfeinhalb Millionen Exemplaren über ganz Großbritannien verbreitet werden, mit ununterbrochener skrupellosen und unfairen Angriffen auf die Politik der Labour Party, die vor einigen Wochen ihre einzige Tageszeitung verlor. Trotz einer Auflage von täglich einundneunviertel Million konnte sich der "Daily Herald" nicht mehr halten, nachdem er nach und nach die Inserate der großen Wirtschafts- und Industrieunternehmen verlor. Die regierungsfreundliche Zeitung "The Times" dagegen wird vom Inseratenmonopol so bedacht, daß sie mit einer Auflage von nur etwa einer Viertelmillion existieren kann.

### Öffentliche Meinungsbefragung

Der Wahlkampf der Labour wird außerdem durch die Institute der öffentlichen Meinungsbefragung erschwert, deren Ergebnisse in konservativen und liberalen Blättern veröffentlicht werden. So unterschiedlich die Resultate der vier oder fünf Institute auch waren

und sind, in einem Ergebnis stimmten sie überein: Von Woche zu Woche würden die Konservativen in die Führung gespielt. Die Analysen der Resultate - es bleibt dahingestellt, ob sie von den Büros oder den Redaktionen angefertigt wurden - sind selbst von liberalen Politikern angegriffen worden und beeinflussten insbesondere im ersten Teil des Wahlkampfes in hohem Maße die öffentliche Meinung, zumal plötzlich auch ausserhalb Londons "Forschungsbüros" eingerichtet und Meinungsbefragungen organisiert und frisiert wurden.

#### Konservative Verschleierungsstrategie

Es gelang den Tories trotz aller Anstrengung nicht, die Aussen- und Verteidigungspolitik als Ablenkungsmanöver zu benutzen. Im Vordergrund des Wahlkampfes steht nach wie vor die wirtschaftliche Situation, die Wirtschaftskrise, die von den Konservativen bis nach den Wahlen verschleiert werden sollte. Ministerpräsident Sir Alec Home und seine konservativen Freunde greifen Harold Wilson an, weil er über die ökonomische Situation spricht und dadurch der britischen Wirtschaft weiteren Schaden zufügen würde, worauf der Oppositionsführer erwiderte, daß nicht die Politiker Schaden anrichten, von denen die Wahrheit verbreitet wird, sondern jene, die die Tatsachen schufen, die zwar im Ausland bekannt wären, dem eigenen Volk aber bis nach den Wahlen vorenthalten werden sollten.

In ihrer Verteidigung greifen die Tories die Nachkriegspolitik der Labour-Regierung an, die zwischen 1945 und 1951 fast unüberwindliche Schwierigkeiten zu überwinden hatte. Labour weist auf "13 vergeudete Jahre" der konservativen Regierung hin, die Großbritannien "ausserpolitisch abwerteten" und zum Schluß in eine Wirtschaftskrise trachteten, die, wie der Labour-Abgeordnete Richard Crossman schrieb, "die schwerste seit dem Kriege sei". Die Hauptfrage, so fuhr er fort, wäre nunmehr, wer sie lösen müßte: eine konservative Regierung, die in einer vergangenen Welt lebe, oder eine Regierung der Labour in einem völlig modernisierten Großbritannien.

#### Wo die Entscheidung fällt

Am nächsten Donnerstag werden fast 36 Millionen Wähler, von denen drei Millionen zum ersten Mal wählen, in 630 Wahlkreisen entscheiden, welche Partei die Regierung für die nächsten fünf Jahre übernehmen wird. Unter den Wählern befinden sich etwa 9 Millionen Frauen, die sich nach Auffassung der Wahlmathematiker in ihrer Mehrheit für die Konservativen entscheiden. Die Tories dürfen von ihren bisherigen 350 Sitzen nicht mehr als 35 bis 45 Mandate verlieren, um sich auch im neuen Parlament eine arbeitsfähige Mehrheit sichern zu können. Labour müßte, um diese Mehrheit für sich zu erringen, zu den bisherigen 256 Mandaten 65 bis 75 Wahlkreise hinzugewinnen. Die Entscheidung wird in etwa 60 bis 70 unsicheren Wahlkreisen fallen und durch ein paar Hundert Stimmen ausgelöst werden. Den Steuerzahlern dürfte diese Wahl mehr als 81 Millionen Mark abverlangt haben.